

Protokoll Nr. 25 (2015-2019)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Schwachhausen am 26.10.2017 in der Aula der Grundschule Freiligrathstraße

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 22:00 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|-------------------|
| a) vom Beirat | Frau Baasen | Herr Carstens |
| | Frau Dumas | Herr Golinski |
| | Herr Hasselmann | Herr Heck |
| | Herr Pastoor | Frau Schmidt |
| | Frau Schneider | Herr Dr. Schober |
| | Herr Thieme | Herr Dr. Volkmann |
| | Herr Wundersee | Herr Zeimke |
| b) vom Ortsamt | Frau Auras | |
| | Herr Berger | |
| c) Gäste | Herr Dierks (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr) | |
| | Herr Prof. Dr. Haller (SHP Ingenieure) | |
| | Herr Dr. Jarchow (St. Joseph-Stift) | |
| | Herr Lemke, Frau Thies (Planungsbüro BPW) | |

TOP 3 (Stellungnahme zur Novelle des Beirätegesetzes) wird auf Wunsch der Beiratssprecherin vertagt. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

Zum Protokoll der Sitzung Nr. 24 am 24.08.2017 teilt Herr Berger mit, dass es auf Seite 6, bezogen auf die Fahrzeugbreite, „1,80 m“ statt „2,20 m“ heißen müsse. Frau Schmidt bittet um eine erläuternde Ergänzung, warum Die Linke das Vorhaben des neuen Ärztehauses nicht begrüße. Auf Seite 4 solle folgender Satz eingefügt werden: „Die Linke ist der Ansicht, dass ein Ärztehaus genauso gut in anderen Stadtteilen errichtet werden könne.“ Das Protokoll wird mit diesen beiden Änderungen genehmigt.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Thieme weist darauf hin, dass im Bereich der Scharnhorststraße 73 c/d (vor der alten Tennishalle) von der Baumaßnahme noch die Wellrohrschläuche um die Bäume gewickelt seien und bittet darum, dass eine Entfernung veranlasst werde.

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Frau Edith Becker stellt sich als neue Vertretung des Seniorenbeirats vor. Sie habe die Idee zweimal monatlich eine Bürgersprechstunde anzubieten, bei dem Senior/innen mitteilen könnten, „was ihnen auf der Seele liegt“ und um den Austausch zu fördern. Frau Schneider bietet an, einen Kontakt zur Begegnungsstätte in der Biermannstraße herzustellen, um die Bürgersprechstunde in einer zentralen Räumlichkeit durchführen zu können.

TOP 2: Einvernehmens-Verfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 129: Errichtung eines Ärztehauses und Erweiterung eines Bettenhauses beim St. Joseph-Stift

Herr Berger erläutert eingangs, dass der Beirat auf seiner letzten Sitzung eine Stellungnahme zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 129 (VE 129) abgegeben habe.¹ Demnach sei das Bauvorhaben des Ärztehauses mehrheitlich begrüßt worden – es habe jedoch kein Einvernehmen bezüglich des Parkraumkonzeptes hergestellt werden können, sodass der Beirat das Vorhaben in der vorliegenden Fassung abgelehnt habe. Daher sei nun das nach § 11 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter erforderliche Verfahren zur „Herstellung von Einvernehmen“ in die Wege geleitet worden und das Vorhaben werde nochmals auf der heutigen Sitzung beraten. Werde heute kein Einvernehmen zwischen dem Bauressort und dem Beirat hergestellt, habe eine weitere Beratung und Beschlussfassung in der zuständigen Deputation zu erfolgen.

Herr Dierks stellt mit Hilfe einer Präsentation die Planungsziele zum VE 129 dar:² Er hebt zunächst die hohe Qualität des Planentwurfs hervor. Neben Klinikbereichen solle auch die Verwaltung in dem sechs-geschossigen Ärztehaus III angesiedelt werden, das sich gut in die Umgebung einfüge. Die Tiefgarage könne noch um zwei Stellplätze erweitert werden. Der Vorschlag aus dem Beirat eine weitere Parkebene hinzuzufügen, sei nur äußerst schwer umsetzbar. Potentiale zur Herstellung von Garagen und Stellplätzen auf dem Gelände seien geprüft worden. Eine weitere Innenverdichtung und die damit einhergehende Verkehrslenkung seien jedoch aus Gründen des Platzmangels und der künftig geplanten Entwicklungen nicht möglich. Zudem stünden sie dem geltenden Planungsrecht entgegen.

Herr Lemke stellt anhand einer Präsentation das Planverfahren zum VE 129 dar:³ Die Behörden seien beteiligt worden, momentan finde die öffentliche Auslegung statt. Eine Umsetzung der Baumaßnahme könne nur erfolgen, wenn es einen sogenannten Durchführungsvertrag gebe. In diesem würden nähere vertragliche Regelungen zum Vorhaben festgehalten, die als Voraussetzung für die Erteilung der Baugenehmigung verpflichtend seien.

Wie Frau Thies weiter ausführt, seien aufgrund des Platzmangels für weitere Stellplätze Alternativen könnten im Rahmen eines Mobilitätsmanagements entwickelt worden, die in dem Durchführungsvertrag festgehalten werden. Dazu gehöre zum Beispiel die Förderung alternativer Verkehrsmittel mit dem Ziel der Verringerung des Kfz-Verkehrs. Konkret gehöre dazu unter anderem die Verpflichtung zur Erarbeitung eines umfassenden Mobilitätskonzeptes für das Gesamtgelände im Rahmen des Bebauungsplans 2500.⁴ Für dieses Planverfahren würden derzeit Untersuchungsumfang und -gebiet für die Verkehrsplanung sowie die Ausarbeitung eines Mobilitätskonzeptes für das gesamte Klinikum abgestimmt. Das förmliche Verfahren zur Aufstellung des B-Plans 2500 werde voraussichtlich ab Januar 2018 beginnen.

Herr Prof. Dr. Haller geht im Anschluss auf die Verkehrsplanung zum VE 129 ein:⁵ Heute gebe es verschiedene Zufahrten zum Gelände, was in der Verkehrsführung nicht ganz eindeutig sei. Das neue Erschließungskonzept sehe eine zentrale Ein- und Ausfahrt vor. Zudem werde eine bessere Kontrolle durch Schranken ermöglicht. Diese führe zu weniger Langzeitparkern und schaffe damit mehr Parkangebote. Eingangsnah würden Fahrradstellplätze geschaffen. Grundlage für die Ermittlung des Stellplatzbedarfs seien unter anderem die Bruttomietflächen. Die im abgerissenen Altbau entfallenden Nutzungen würden nicht gegengerechnet. Der Stellplatzbedarf nach Stellplatzortsgesetz betrage 62. Geplant seien 58 Stellplätze in der Tiefgarage und drei auf dem Vorplatz, sodass ein Stellplatz fehle.

¹ Das Protokoll der letzten Sitzung ist zu finden unter: [Protokoll Nr. 24](http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/beirat/protokolle_2017-21127). Die dazugehörigen Anlagen sind unter folgendem Link abrufbar: http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/schwachhausen/beirat/protokolle_2017-21127.

² Die Präsentation ist als **Anlage 1** dem Protokoll angefügt.

³ Die Präsentation ist als **Anlage 2** dem Protokoll angefügt.

⁴ Auf die anderen konkreten Inhalte für den Durchführungsvertrag bzgl. der Stellplatzalternativen kommt Herr Prof. Dr. Haller noch zu sprechen.

⁵ Die Präsentation ist als **Anlage 3** dem Protokoll angefügt.

Als Ausgleichsmaßnahmen benennt Herr Prof. Dr. Haller folgende vorgesehene Alternativen zur Reduzierung des Kfz-Verkehrsaufkommens und zur Entlastung der Straßen vom Parksuchverkehr:

- Einrichtung einer zusätzlichen Carsharing-Station mit drei Fahrzeugen auf dem Gelände, die etwa 30 Stellplätze ersetzen;
- vergünstigtes Anwohnerparken in den Tiefgaragen Schubertstraße und Medicum mit insgesamt 32 Stellplätzen von 17:00 Uhr bis 08:00 Uhr wochentags sowie ganztags an den Wochenenden;
- Shuttle-Service für die Strahlenpraxis, sodass kein Stellplatzbedarf von dieser Praxis zu erwarten sei;
- ÖPNV-Tickets für Patient/innen als Anreiz zur ÖPNV-Nutzung;
- Herstellung einer E-Ladestation für Kfz in der Tiefgarage des neuen Ärztehauses.

Herr Prof. Dr. Haller führt weiter aus, dass diese flankierenden Maßnahmen den Parkdruck im Quartier reduzierten. Für das gesamte Klinikum müssten 260 Stellplätze nachgewiesen werden und nach der Realisierung des neuen Ärztehauses wären 296 Stellplätze vorhanden. Die vorhandene Stellplatzproblematik im Quartier könne nicht allein durch das Krankenhaus gelöst werden und nicht alle Probleme seien auf die Klinik zurückzuführen.

Herr Heck merkt an, dass laut eigener Begehung 39 Stellplätze wegfielen.⁶ Die 62 benötigten Plätze müssten zusätzlich zu den aktuell bestehenden eingeplant werden, da trotz rechnerischer Überversorgung in der Praxis Parkflächen fehlten. Herr Dr. Schober erwähnt, dass immenser Parkplatzsuchverkehr des Klinikpersonals herrsche und bei der Planung lediglich die Patient/innen berücksichtigt worden seien. Wie Herr Thieme anmerkt, sei es problematisch, wenn für den Bereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans die gesamte Klinikfläche als Lösung für die Stellplatzproblematik herhalten müsse, da dann mehr Verkehr in die Nebenstraßen – insbesondere in die Schubertstraße – fließe, die gerade entlastet werden müssten. Gemäß Herrn Golinski sei Carsharing ein Angebot für Anwohner/innen, nicht jedoch für Patient/innen. Dieses Angebot habe wiederum zur Folge, dass drei Stellplätze verloren gingen. Herr Pastoor ergänzt, dass dies auch bei der Herstellung einer Elektroladestation in der Tiefgarage der Fall sei. Für Herrn Volkmann hingegen sei das neue Ärztehaus wichtig für den Stadtteil, auch aufgrund der damit verbundenen Arbeitsplätze. Er begrüße die Maßnahmen des Mobilitätskonzepts, da sie zu einer gesamten Entlastung im Quartier führten. Herr Wundersee und Herr Zeimke stimmen dem zu. Herr Zeimke ergänzt, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen erfüllt seien. Einige Personen weisen auf die Notwendigkeit einer Quartiersgarage hin.

Herr Dierks erwidert, dass sich die zusätzlichen Maßnahmen des Mobilitätskonzepts auf bestimmte Zielgruppen bezögen. Er betont nochmals, dass es damit ein gutes Verkehrskonzept gebe.

Fragen aus dem Beirat werden wie folgt beantwortet:

- Die Anzahl von 296 Stellplätzen auf dem gesamten Gelände sei gemäß Herrn Dierks überprüft worden. Rechtlich seien die Vorgaben für das gesamte Klinikgelände mehr als erfüllt, auch wenn diese real nicht ausreichten. Der Bedarf komme auch aus der Anwohnerschaft und könne nicht alleine von der Klinik erfüllt werden.
- Die sogenannten Nachtparkplätze für Anwohner/innen sollten gemäß Herrn Jarchow rund 50 € im Monat kosten.
- Das Angebot für die Nutzung von ÖPNV-Tickets könne nicht von Personen aus dem Bremer Umland in Anspruch genommen werden. Das Krankenhaus würde hierfür ein Budget von jährlich 10.000 € zur Verfügung stellen.
- Der Shuttle-Service würde für Patient/innen der Strahlenpraxis angeboten, da sie aufgrund ihres Gesundheitszustands nicht selbst Pkw fahren dürften und es aufgrund des durchgetakteten Praxis-Ablaufs hier möglich sei, ein solches Angebot bereit zu stellen. Der Shuttle-Service würde auch das Bremer Umland anfahren.
- Mietverträge mit Praxen würden in der Regel für mindestens zehn Jahre geschlossen. Gerade bei der Strahlenpraxis sei nicht zu erwarten, dass diese und damit der Shuttle-

⁶ Die Berechnung der Stellplatzbilanz ist dem Protokoll als **Anlage 4** angefügt.

Service in naher Zukunft wieder wegfielen, zumal die Einrichtung einer solchen Praxis mit hohen Kosten verbunden sei.

- Herr Lemke betont, dass das Stellplatzortsgesetz bindend sei. Es eröffne aber auch die Möglichkeit, Stellplätze abzulösen oder die Zahl der geforderten Stellplätze durch ein Mobilitätskonzept zu verringern. Ein Vorhabenbezogener Bebauungsplan dürfe nur aufgestellt werden, wenn er dem Wohl der Allgemeinheit diene. Dazu gehöre auch die ärztliche Versorgung.
- Gemäß Herrn Prof. Dr. Haller würden die 17 Langzeitparkplätze, die vor dem alten Gebäude wegfielen, wahrscheinlich in die neue Tiefgarage integriert.

Herr Heck stellt folgenden Antrag:

„Der Beirat Schwachhausen lehnt den VE 129 wegen des nicht ausreichenden Ausgleichs für die durch das Vorhaben wegfallenden Stellplätze als auch wegen der insgesamt unbefriedigenden Stellplatzverfügbarkeit ab. Das vorgestellte Mobilitätskonzept überzeugt nicht. Gemäß § 11 Abs. 1 S. 3 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter beschließt der Beirat für eine weitere Beratung und Beschlussfassung innerhalb von zwei Monaten die Überweisung in die zuständige Deputation.“

Herr Dr. Volkmann stellt einen Gegenantrag, der besagt, dass der Beirat dem VE 129 zustimme, da die Erweiterung des Krankenhauses den Standort stärke und das angebotene Mobilitätskonzept überzeuge.

Es wird zunächst über den weitergehenden Antrag von Herrn Heck abgestimmt: Der Beirat stimmt bei fünf Gegenstimmen von CDU und FDP mehrheitlich gegen den VE 129 zum Ärztehaus.

Der Gegenantrag von Herrn Dr. Volkmann wird durch dieses Abstimmungsergebnis hinfällig.

TOP 3: Globalmittelvergabe – 2. Runde 2017

Frau Auras stellt den Beschlussvorschlag des Fachausschusses „Globalmittel und Koordinierung“ zu den eingegangenen Globalmittelanträgen vor.⁷ Da die gesamte Antragssumme um etwa 7.700 € über dem vorhandenen Budget liege, seien die beantragten Zuwendungen einzelner Projekte gekürzt worden. Nach Kürzung verbleibe noch eine Summe von 1.860,94 €. Diese sei für die Kosten eines vom Beirat beauftragten Anwalts zurückgehalten worden, ergänzt Herr Heck.⁸

Weiter führt Frau Auras aus, dass bezüglich des Antrags für einen Druck von 5.000 Exemplaren einer Informationsbroschüre zum Thema „Sexuelle Gewalt“ vom Verein „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“ der Fachausschuss vorgeschlagen habe, dass der Verein noch bei anderen Beiräten Globalmittel für dieses Projekt beantragen möge, da es sich um ein stadtteilübergreifendes Projekt handele. Der Beirat Schwachhausen würde dann im nächsten Jahr eine Teilsumme zum Projekt beisteuern.

Mitglieder des Vereins „Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen“ weisen darauf hin, dass ihnen ein Teil der beantragten Summe schon jetzt weiterhelfen würde und dass andere Beiräte ihnen bereits Zuwendungen für weitere Projekte gewährt hätten.

Nach eingehender Diskussion der Beiratsmitglieder beschließt der Beirat einstimmig, dem Verein für die Informationsbroschüre die Restsumme in Höhe von 1.860,94 € zu bewilligen.

Der Beirat stimmt der vom Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ vorgeschlagenen Vergabe der Globalmittel für die anderen Projekte einstimmig zu.⁹

⁷ Die beschlossenen Globalmittelanträge sind dem Protokoll als **Anlage 5** angefügt.

⁸ Der Anwalt wird ggfs. für eine Klage hinsichtlich der Umbaupläne der Bürgermeister-Spitta-Allee aufgrund unterschiedlicher Rechtsauffassungen zwischen Beirat und Behörde, nämlich bei wem das Entscheidungsrecht liegt, hinzugezogen.

⁹ Aus Gründen der Befangenheit wurde der Antrag von der AWO mit der Nummer 30 ohne Frau Schneider abgestimmt.

TOP 4: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecherin

Vorsitzender

Protokoll

Schneider

Berger

Auras